

Inhaltsverzeichnis

1. Thomas Steg
2. Seitenwechsler im Überblick
3. Seitenwechsel
4. Gerhard Schröder
5. Volkswagen AG
6. SPD

Thomas Steg

Seitenwechsel



- Seitenwechselftabelle
- Was ist das Problem?

Thomas Steg (* 6. Mai 1960 in Braunschweig) ist ein deutscher Politik- und Kommunikationsberater. Er war von Oktober 2002 bis zum 31. Oktober 2009 stellvertretender Sprecher der deutschen Bundesregierung, sowohl unter [Gerhard Schröder](#) während der 14. und 15. Legislaturperiode als auch während [Angela Merkels](#) erster Amtszeit. Im Februar 2012 wurde Steg Cheflobbyist bei [Volkswagen](#). Im Januar 2018 wurde er von VW beurlaubt. Grund dafür waren umstrittene Abgastests mit Affen und Menschen, welche die über den VW-Konzern mitfinanzierte Forschungseinrichtung [EUGT](#) 2014 durchgeführt hatte. [\[1\]](#)[\[2\]](#) Im Juni 2018 kehrte Steg zu VW zurück. [\[3\]](#)

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	2
2 Verbindungen / Netzwerke	3
3 Wirken	3
3.1 Seitenwechsel zu VW	3
3.2 Regierungserklärung wurde mit VW abgestimmt	3
4 Zitate	3
5 Weiterführende Informationen	3
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	4
7 Einzelnachweise	4

Karriere

- seit 02/2012 Generalvollbemächtigter für Außen- und Regierungsbeziehungen bei der [Volkswagen AG](#), 2018 vorübergehend beurlaubt
- Nach Beendigung der Arbeit für die Bundesregierung Gründung der [STEG Kommunikation und Beratung GmbH](#) und tätig als freier Politik- und Kommunikationsberater
- 07-09/2009 beurlaubt für die Medienberatung des [SPD](#)-Kanzlerkandidaten [Frank-Walter Steinmeier](#)
- 11/2005-10/2009 **Stellv. Regierungssprecher unter Bundeskanzlerin Angela Merkel** und stellv. Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung
- 11/2002 stellvertretender Sprecher der Bundesregierung unter Bundeskanzler [Gerhard Schröder](#)
- 10/1998-10/2002 stellv. Leiter des Kanzlerbüros von Bundeskanzler [Gerhard Schröder](#)
- 1998 Tätigkeit in der Arbeitsgruppe Projektentwicklung in der niedersächsischen Staatskanzlei
- 1992 Promotion zum Dr. phil. an der Universität Hannover

- 1991 Pressesprecher im niedersächsischen Sozialministerium
- 1988 Pressesprecher und Leiter des Referates für Gesellschaftspolitik beim DGB Niedersachsen/Bremen

Quelle: [\[4\]](#)[\[5\]](#)[\[6\]](#)

Verbindungen / Netzwerke

Durch die langjährige Arbeit für die unterschiedlichen Regierungen seit 1995 konnte Thomas Steg viele politische Kontakte in den unterschiedlichen Parteien knüpfen. Insbesondere zu Altkanzler Gerhard Schröder wird ihm ein vertrautes Verhältnis nachgesagt. [\[7\]](#) In seiner Rolle als stellvertretender Leiter von Schröders Kanzlerbüro war er als Redenschreiber für diesen tätig. [\[8\]](#) Weiterhin soll er zudem ein vertrautes Verhältnis zur Kanzlerin Merkel gehabt haben. [\[9\]](#)[\[10\]](#)

Wirken

Seitenwechsel zu VW

Im Dezember 2011 wurde bekannt, dass Steg ab Februar 2012 als Generalvollbemächtigter für Außen- und Regierungsbeziehungen bei der [Volkswagen AG](#) arbeiten würde. [\[11\]](#) Als Generalbevollmächtigter für Konzern-Außenbeziehungen und Nachhaltigkeit gehörte unter anderem die Beziehungspflege des Unternehmens zu Regierungen in aller Welt zu seinen Aufgaben. [\[4\]](#) In dieser Funktion berichtete er direkt an Konzernchef Prof. Dr. Martin Winterkorn und an Vorstandschef Martin Müller. [\[12\]](#)[\[13\]](#)

Regierungserklärung wurde mit VW abgestimmt

2017 wurde bekannt, dass der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (ebenfalls SPD) eine 2015 im Hannoveraner Landtag gegebene Regierungserklärung zuvor mit Thomas Steg abstimmen ließ. Laut Bild-Zeitung stand in der Mail an Steg: „(...) Bitte schau mal rein, ob da irgendwas drin steht, was so gar nicht Euren faktischen oder rechtlichen Erkenntnissen entspricht.“ Ein beteiligter VW-Mitarbeiter wurde mit den Worten zitiert: „Das war kein Faktencheck, wir haben die Rede umgeschrieben und weichgespült.“ [\[14\]](#)[\[15\]](#)

LobbyControl äußerte sich wie folgt zu dem Fall: "Eine komplette Regierungserklärung mal eben im Wortlaut an den VW-Cheflobbyisten herüberzuschicken, ist nicht in Ordnung. Denn zu einer Regierungserklärung gehören auch Bewertungen, die sich die Politik nicht von dem betroffenen Konzern umschreiben lassen darf. Einzelne rechtliche Fragen oder Fakten mit dem betroffenen Konzern abzustimmen, ist dagegen nicht nur in Ordnung, sondern war in der damaligen Situation sogar angebracht." [\[16\]](#)

Zitate

„Ein SPD-Sprecher unter einer CDU-Kanzlerin - das ist Stegs größtes Kunststück.“ [DER SPIEGEL](#)
[\[9\]](#)

Weiterführende Informationen

[Artikel von LobbyControl zu den Abgastests vom 31.01.2018](#)

Stellungnahme von Lobbycontrol zum Fall der mit VW abgestimmten Regierungsrede vom 11.08.2017

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [VW beurlaubt Cheflobbyisten Thomas Steg](#) faz.net vom 30.01.2018, letzter Zugriff 05.02.2018
2. ↑ [10 Monkeys and a Beetle: Inside VW's Campaign for 'Clean Diesel'](#) The New York Times, letzter Zugriff 25.01.2018
3. ↑ [politik & kommunikation](#), politik-kommunikation.de vom 08.06.2018, abgerufen am 19.09.2022
4. ↑ [4,04,1 Ex-Regierungssprecher wird Volkswagens Cheflobbyist](#) Spiegel Online vom 19.12.2011, letzter Zugriff 20.12.2011
5. ↑ [Spiegel Online - "Ex-Regierungssprecher wird Volkswagens Cheflobbyist"](#) www.spiegel.de, letzter Zugriff am 20.12.2011
6. ↑ [Volkswagen beurlaubt Cheflobbyisten Thomas Steg](#) Zeit.de, letzter Zugriff am 05.02.2018
7. ↑ [Ex-Regierungssprecher Steg wird Cheflobbyist bei VW](#) WELT Online vom 19.12.2011, letzter Zugriff 20.12.2011
8. ↑ [Thomas Steg - der Berater als Medienstar](#) Meedia.de vom 17.07.2009, letzter Zugriff 20.12.2011
9. ↑ [9,09,1 Letzte Sätze DER SPIEGEL 42/2009](#)
10. ↑ [Wie Merkels Sprecher Steinmeier helfen will](#) Handelsblatt Online vom 06.07.2009, letzter Zugriff 20.12.2011
11. ↑ [Ex-Regierungssprecher Steg wird VW-Cheflobbyist](#) FTD Online vom 19.12.2011, letzter Zugriff 20.12.2011
12. ↑ [Pressemitteilung von VW](#) Pressemitteilung vom 19.12.2011, letzter Zugriff 20.12.2011
13. ↑ [\[1\] Süddeutsche Zeitung vom 30.01.2018](#), letzter Zugriff 05.02.2018
14. ↑ [Weil legte Regierungserklärung erst Volkswagen vor](#) tagesspiegel.de, letzter Zugriff am 05.02.2018
15. ↑ [VW-Lobbyisten sollen Rede von Weil umgeschrieben haben](#) sueddeutsche.de, letzter Zugriff am 05.02.2018
16. ↑ [Verhältnis von Autoindustrie und Politik auf den Prüfstand!](#) LobbyControl.de vom 11.08.2018, letzter Zugriff am 06.02.2017

Seitenwechsler im Überblick

Weiterleitung nach:

- [Seitenwechsler in Deutschland im Überblick](#)

Seitenwechsel

Weiterleitung nach:

- [Seitenwechsel und Karenzzeiten \(Überblick\)](#)

Gerhard Schröder

Seitenwechsel



- [Seitenwechseltabelle](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Gerhard Fritz Kurt Schröder (* 7. April 1944 in Mossenberg), [SPD](#), Ex-Bundeskanzler, heute ein prominentes Beispiel für den Seitenwechsel aus der Politik in Lobbytätigkeit, Rechtsanwalt. Die inhaltliche Ausrichtung seiner Kanzlerschaft, etwa der Reformkurs in Rente, Gesundheit und den Hartz-Gesetzen, sowie die Teilnahme am Kosovo-Krieg, führten zu innerparteilichen Konflikten. In den Jahren seiner Kanzlerschaft hat sich eine bis dahin beispiellose Öffnung der Bundesregierung für Anliegen und Methoden des Lobbyismus vollzogen. Im Zuge des [Weltfinanzcrash 2007](#) erscheint vor allem die unter Schröder vorangetriebene Finanzmarktderegulierung, z.B. durch die Öffnung des deutschen Marktes gegenüber Hedgefonds, von Bedeutung. Schröder sitzt in den Leitungsgremien russischer Energiekonzerne sowie deutscher Unternehmen und ist als Berater von Unternehmen und Denkfabriken tätig. Vor allem die kontinuierliche Lobbytätigkeit des lange Zeit noch bestens vernetzten Ex-Kanzlers für die Realisierung der Projekte von [Gazprom](#) (Nordstream 1 und Nordstream 2) ist immer wieder kritisiert worden.

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. [Dankeschön!](#)



Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	6
2 Verbindungen und Netzwerke	6
3 Kritik	7
3.1 Seitenwechsel/Verbindung zu russischen Konzernen	7
3.2 Weitere Aktivitäten im Anschluss der politischen Karriere	8
4 Weiterführende Informationen	9
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	9
6 Einelnachweise	9

Karriere

- **1998 - 2005 Bundeskanzler**
- 1999 - 2004 Vorsitzender der SPD
- 1994 - 1998 Ministerpräsident von Niedersachsen in einer SPD-Alleinregierung
- 1990 - 1994 Ministerpräsident von Niedersachsen in einer Koalition aus SPD und [Bündnis 90/Die Grünen](#)
- seit 1989 Mitglied des [SPD](#)-Präsidiums
- 1986 - 1990 Mitglied des niedersächsischen Landtages und Vorsitzender der [SPD](#)-Landtagsfraktion
- 1980 - 1986 Mitglied des Bundestages für die [SPD](#)
- 1978 - 1990 selbstständiger Rechtsanwalt in Hannover
- 1978 - 1980 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten (Jusos)
- 1966 - 1971 Studium der Rechtswissenschaften

Verbindungen und Netzwerke

- 2022 Nominierung für den Aufsichtsrat von [Gazprom](#), auf die Schröder letztlich verzichtet hat^[1]
- 2021-2022 Vorsitzender des Beirats der Euref-Energy Innovation GmbH, einem Gründungsmitglied der Initiative „Wasserstoff-Hanse“, die nicht mehr fortgeführt wird.^[2]
- 2020-2022 Vorstandsmitglied beim Interessenverband Betriebliche Versorgungswerke für Unternehmen und Kommunen (BVUK)
- 2017-2022 Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Herrenknecht AG
- 2017-2022 Aufsichtsratsmitglied des russischen Ölkonzerns [Rosneft](#)
- seit 2016 Präsident der Verwaltungsrats der Gazprom-Tochter [Nord Stream 2](#). Das Genehmigungsverfahren für Nord Stream 2 ist im Februar 2022 von der Bundesregierung gestoppt worden
- ehem. Mitglied des NBI 21st Century Council sowie des Council for the Future of Europe des Berggruen Institute on Governance
- seit 2006 Vorsitzender des Gesellschafterausschusses und Mitglied des Aktionärsausschusses der Gazprom-Tochter [Nord Stream](#)
- 2006-2022 Berater für "Fragen internationaler Politik" bei Ringier AG
- seit 2006 Rechtsberater des RAG-Konzern
- seit 2006 Vertrag als Vortragsredner bei der Redner-Agentur Harry Walker
- 2006-2021 Ehrenvorsitzender des Nah- und Mittelostvereins (NuMOV)
- 2009-2011 Aufsichtsratsvorsitzender von TNK-BP
- 2006 - 2016 Mitglied im Europa-Beirat der Rothschild-Investmentbank
- 2005 - 2010 Tätigkeit als Rechtsanwalt für Fromberg und Collegen und als freiberuflicher Berater

Quellen: [\[3\]](#)[\[4\]](#)[\[5\]](#)[\[6\]](#)[\[7\]](#)[\[8\]](#)[\[9\]](#)[\[10\]](#)[\[11\]](#)[\[12\]](#)[\[13\]](#)[\[14\]](#)

Kritik

Seitenwechsel/Verbindung zu russischen Konzernen

Seitenwechsler

Schröder ist ein prominentes Beispiel für den [Seitenwechsel](#) aus der Politik in die Wirtschaft. Seit 2020 ist der Altkanzler Vorstand des Interessenverbandes BVUK ("Betriebliche Versorgungswerke für Unternehmen und Kommunen e.V."), hinter dem ein gleichnamiges Unternehmen steht, die BVUK GmbH aus Würzburg. Für mittelständische Unternehmen (etwa OBI) organisiert dieses die Altersvorsorge der Mitarbeiter:innen.

Im Rahmen dieses Lobbyjobs hat sich Schröder, sich seiner Kontakte und Autorität als Kanzler a.D. bedienend, mit dem damaligem Finanzminister und Vizekanzler und heutigem Kanzler [Olaf Scholz](#) zum Mittagessen getroffen. Zu einem verabredeten Treffen zum Thema Rente mit Arbeitsminister [Hubertus Heil](#) kam es wegen Terminschwierigkeiten im Ergebnis nicht. Doch erfolgte ein Treffen mit einem Staatssekretärs Heils, wobei Informationen über Inhalt und Anlass des Gesprächs vom Arbeitsministerium verweigert werden. [\[15\]](#)

Besonders pikant an diesen Aktivitäten: diese wurden organisiert vom Büro des Kanzlers, welches durch Steuermittel finanziert wird. Kosten für die Steuerzahler:innen liegen für dieses Büro wohl bei über 400.000 Euro pro Jahr. [\[16\]](#)

Förderer von Gaspipeline

In seiner Funktion als Bundeskanzler hatte Schröder zusammen mit Russlands Präsidenten Wladimir [Putin](#) das Projekt einer Erdgaspipeline durch die Ostsee massiv gefördert. Betreiber und Eigentümer dieser Pipeline ist die [Nord Stream AG](#), welche zu 51% [Gazprom](#), zu jeweils 20% [E.ON](#) und [BASF](#) und zu 9% [Gasunie](#) gehört. [\[17\]](#)

Schröder als Türöffner

Schröder, Altkanzler mit besten Kontakten in die Berliner Politik, brachte laut einem Bericht des Tagesspiegel auf Grundlage von Unterlagen des Wirtschaftsministeriums zu einem Gespräch mit der damaligen SPD-Ministerin [Brigitte Zypries](#) ([Amtszeit 2017 - 2018](#)) einen unangekündigten Gast mit - den Chef des Energiekonzerns Gazprom, Alexej Miller. Im Anschluss an das Treffen verkündete Gazprom, dass ein Arbeitstreffen zwischen Zypries und Miller stattgefunden habe. Hierbei blieb unerwähnt, dass Schröder als Türöffner gewirkt hatte. Zypries und Schröder kennen sich seit dem sie Justizministerin in Schröders zweitem Kabinett war. [\[18\]](#)

Fragwürdiges Darlehen

Ende März 2006 wurde bekannt, dass die Regierung Schröder nach der Wahlniederlage, aber noch vor dem Ende seiner Amtszeit, eine staatliche Bürgschaft für einen Kredit der deutschen Banken [KfW](#) und der [Deutschen Bank AG](#) in Höhe von 1 Mrd. Euro für Gazprom übernehmen wolle. [\[19\]](#) Dabei handelte es sich um eine Bürgschaft für einen sogenannten „ungebundenen Kredit“, welcher von deutschen Banken an ausländische Unternehmen vergeben wird, um dadurch „nationale Interessen“ zu sichern, was in diesem Fall mit der langfristigen Sicherstellung der Energieversorgung begründet wurde.

Ungewöhnlich war allerdings, dass sich dieser Vorgang in kurzer Zeit und in den letzten Monaten der Regierung Schröder abspielte.

Schröder selbst bestritt, Kenntnis von der Bürgschaft gehabt zu haben.

Nach Angaben aus Regierungskreisen haben zwar der damalige Wirtschaftsminister [Wolfgang Clement](#), Schröders Wirtschaftsberater im Kanzleramt [Bernd Pfaffenbach](#) und der Staatssekretär im Finanzministerium, [Caio Koch-Weser](#), von den Verhandlungen gewusst und die Bürgschaft genehmigt, der Kanzler selbst wurde aber „bewusst“ nicht informiert. [\[20\]](#) Am 18. April 2006 lehnte Gazprom den Kredit ab, wodurch die Bürgschaft hinfällig wurde. Fünf Monate nachdem Schröder aus dem Amt als Bundeskanzler ausgeschieden war wechselte er zur [Nord Stream AG](#), wo er den Vorsitz im Aufsichtsrat übernahm.

Rosneft

Seit 29. September 2017 ist Schröder Mitglied des Aufsichtsrats des russischen Ölkonzerns Rosneft. Der Schritt löste heftige öffentliche Kritik aus. Hauptkritikpunkt ist dabei die Nähe des Konzerns zum Kreml. Die engen Beziehungen zwischen Staat und Konzern führten dazu, dass die gegen Russland verhängten Sanktionen gerade auch Rosneft betreffen, „um Russland[s] außenpolitische Eigenständigkeit“ zu beschränken. [\[21\]](#) In diesem Zusammenhang wurde die Kritik geäußert, dass eine Aufsichtsratmitgliedschaft Schröders solche Sanktionen untergrabe. [\[22\]](#) LobbyControl urteilte, dass man zur Verteidigung Schröders anführen könne, dass seine Kanzlerschaft bereits 12 Jahre zurückliege und er daher die Handlungsfreiheit eines Privatmanns habe. Als ehemaliger Bundeskanzler stehe Schröder allerdings in einem besonderen Verantwortungsverhältnis zu den Menschen in Deutschland, zumal er nach wie vor für die SPD Politik mache. [\[23\]](#) Hinzukommt, dass Schröder selbst sein Russland-Engagement nicht nur mit privaten, sondern durchaus auch politischen Motiven begründet. [\[24\]](#)

Nordstream 2

Seit 2016 ist Schröder Präsident des Verwaltungsrats von Nord Stream 2

TNK-BP

Von 2009 bis 2011 war Schröder einer von 3 Aufsichtsratsvorsitzenden von TNK-BP, einem russisch-britischen Energieunternehmen. Dabei soll er vor allem als Vermittler zwischen den Interessen von [BP](#) und TNK gedient haben, da es in der Vergangenheit zu heftigen Streitigkeiten in der Vorstandsliege kam. [\[25\]](#) Zudem, so hieß es in einer Broschüre von TNK-BP, war Umweltschutz eine seiner Aufgaben. Eine ARD-Exclusiv Reportage deckte auf, dass obwohl Schröder in der Konzern-Broschüre angab, ein Fördergebiet TNK-BPs in West-Sibirien zu kennen, es dort massive Umweltprobleme durch Öl-Lecks gab. In der Broschüre äußerte sich Schröder positiv über die Fortschritte, die in West-Sibirien im Bereich Umweltschutz gemacht wurden. Auf eine Anfrage der ARD-Exklusiv-Redaktion behauptete er, das betreffende Gebiet in West-Sibirien nicht zu kennen. [\[26\]](#) Derartige Ungereimtheiten werfen die Frage auf, worin genau die Aufgabe Schröders in dem Unternehmen bestand. Sein Jahresgehalt belief sich laut Manager Magazin auf ca. 200.000 Euro. [\[27\]](#) Das Unternehmen wurde 2013 von Rosneft aufgekauft. [\[28\]](#)

Weitere Aktivitäten im Anschluss der politischen Karriere

- Seit 2006 berät Schröder die Schweizer Verlagsgruppe Ringier in "Fragen internationaler Politik. In einem Interview ließ Verleger Ringier offen verlauten, dass Schröder als „Türöffner“ geholt worden sei. [\[29\]](#) Innerhalb des Verlagshauses soll dies im September 2017 kritisiert worden sein, nachdem Schröder den Posten bei Rosneft angenommen hatte. Diese blieb aber folgenlos. [\[30\]](#)
- Von 2006 bis 2016 war Schröder Mitglied im Europa-Beirat der Rothschild-Investmentbank. Dort sollte er seine internationale Expertise, vor allem in Wachstumsregionen wie Osteuropa, Russland, Türkei und China, einbringen. Um den Anschein von Interessenkonflikten zu vermeiden, hat Schröder dagegen nicht im Deutschland-Geschäft beraten, berichtet die FAZ. [\[31\]](#)

- 2005 stellte [Werner Müller](#) Konzept vor, mit dem er den staatlich subventionierten deutschen Steinkohlebergbau neu ordnen wollte. Dies sollte durch den Börsengang von RAG geschehen. Müller war zwischen 1998 und 2002 Wirtschaftsminister unter Schröder und von 2003 bis 2007 Vorsitzender des RAG-Vorstands. Schröder unterstützte das Vorhaben [\[32\]](#), konnte es aber in seiner Amtszeit aufgrund von vorgezogenen Neuwahlen nicht mehr durchsetzen. Nach Schröders Ausscheiden aus der Politik war es Müller, der Schröder als Rechtsberater für RAG gewann. Daraufhin beriet Schröder den RAG-Konzern bei den Verhandlungen mit der neuen Bundesregierung über den geplanten Börsengang des Chemie- und Energieunternehmens. [\[33\]](#) Dies geschah nach Aussage eines RAG-Sprechers unentgeldlich und ohne Beratervertrag. [\[34\]](#)
- Einge Verflechtungen scheint es auch zwischen Schröder und dem deutsch-US-amerikanischen Investor Nicolas Berggruen zu geben: Schröders damalige Ehefrau Doris Schröder-Köpf war von 2011-2012 Mitglied des Aufsichtsrats von Karstadt. [\[35\]](#) Die Warenhauskette gehörte von 2010-2014 Berggruen. Schröder ist Mitglied des [Berggruen Networks](#) des Think Tanks Berggruen Institute, der von Berggruen betrieben wird.

Weiterführende Informationen

- Mehr zu Seitenwechseln auf der Website von [LobbyControl](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Schröder lehnt Nominierung für Aufsichtsratsposten bei Gazprom ab](#), sueddeutsche.de vom 25.03.2022
2. ↑ [Wasserstoff-Initiative von Manuela Schwesig steht vor dem Aus](#), t-online.de vom 09.02.2022, abgerufen am 13.02.2022
3. ↑ [Biografie](#), hdg.de, abgerufen am 18.04.2017
4. ↑ [Biografie](#), gerhard-schroeder.de, abgerufen am 14.07.2018
5. ↑ [Ex-Kanzler Schröder wird Öl-Aufsichtsrat](#), Spiegel-online vom 15.01.2009, abgerufen am 18.04.2017
6. ↑ [Altkanzler Schröder berät RAG bei Börsengang](#), FAZ-online vom 10.02.2006, abgerufen am 18.04.2017
7. ↑ [Schröder berät die Investmentbank Rothschild](#), FAZ-online vom 24.03.2006, abgerufen am 18.04.2017
8. ↑ [Promi-Agentur vermittelt Schröder als Redner](#), Spiegel-online vom 27.12.2005, abgerufen am 18.04.2017
9. ↑ [Rücktritt Schröder](#), handelsblatt.com, vom 09.12.2011, abgerufen am 18.04.2017
10. ↑ [Schröder sitzt Verwaltungsrat von Nord Stream 2 vor](#), politik-kommunicastion.de vom 07.10.2016, abgerufen am 12.02.2022
11. ↑ [Schröder berät Medienkonzern Ringier](#), FAZ-online vom 24.11.2015, abgerufen am 13.09.2017
12. ↑ [Bericht zur Übernahme des Ehrenvorsitz](#), Webseite Nah- und Mittelostverein, 29. Mai 2006, zuletzt aufgerufen am 16.7.2018

13. ↑ [Ex-Kanzler Schröder soll in den Aufsichtsrat von Gazprom](#), handelsblatt.com vom 04.02.2022, abgerufen am 12.02.2022
14. ↑ [Lobbyist für Versicherungsmakler](#), pfefferminzia.de vom 03.12.2021, abgerufen am 14.02.2022
15. ↑ [Altkanzler Schröder lobbyierte bei Regierung für Versicherungsmakler](#) abgeordnetenwatch.de vom 01.12.2021, abgerufen am 01.04.2022.
16. ↑ [Kanzleramt verweigert Heraushabe von Kalendereinträgen zu Schröder-Gesprächen mit Merkel](#), abgeordnetenwatch.de vom 08.03.2022, abgerufen am 01.04.2022.
17. ↑ [Organigramm der Nord Stream AG](#), theofficialboard.de, abgerufen am 18.04.2017
18. ↑ [Wie Gerhard Schröder als Türöffner für Gazprom agiert](#), Tagesspiegel vom 20.12.2017, abgerufen am 31.01.2022.
19. ↑ [Regierung Schröder soll Bürgschaft für Gasprom übernommen haben](#), Spiegel-online vom 31.03.2006, abgerufen am 18.04.2017
20. ↑ [Der Gazprom-Kanzler](#), Spiegel-online vom 10.04.2006, abgerufen am 18.04.2017
21. ↑ A.Ballin et.al.: Genosse Expansion; In: Wirtschaftswoche Nr. 38 08/09/2017, S.38
22. ↑ [Kritik an Schröders Nominierung für Rosneft-Aufsichtsrat](#), Zeit-online vom 13.08.2017, abgerufen am 14.09.2017
23. ↑ [Schröders Rosneft-Job wird zum Problem für die SPD](#), lobbycontrol.de vom 23.08.2017, abgerufen am 14.09.2017
24. ↑ [Warum der Rosneft-Job nicht lupenrein ist](#), Wiwo.de vom 07.09.2017, abgerufen am 14.09.2017
25. ↑ [Ex-Kanzler Schröder wird Öl-Aufsichtsrat](#), Spiegel-online vom 15.01.2009, abgerufen am 18.04.2017
26. ↑ [ARD exclusiv: Rot Grün macht Kasse](#), ARD Mediathek vom 18.08.2011, abgerufen am 18.04.2017
27. ↑ [Zweite Karriere: Die Gerhard-Schröder-AG](#), Manager Magazin, abgerufen am 18.04.2017
28. ↑ [Rosneft kauft TNK-BP](#), handelsblatt.com, vom 21.03.2013, abgerufen am 20.04.2017
29. ↑ [Ich kochte in Berlin für ihn, Ringier war dabei](#), FAZ-online vom 12.12.2005, abgerufen am 18.04.2017
30. ↑ [Ringier: Gerhard Schröder bleibt Berater\]](#) Webseite persönlich.com, 4. September 2017, zuletzt aufgerufen am 16.7.2018
31. ↑ [Schröder berät die Investmentbank Rothschild](#), FAZ-online vom 24.03.2006, abgerufen am 18.04.2017
32. ↑ [Schröder dafür](#), n-tv.de vom 06.03.2005, abgerufen am 14.09.2017
33. ↑ [Altkanzler Schröder berät RAG bei Börsengang](#), FAZ-online vom 10.02.2006, abgerufen am 18.04.2017
34. ↑ [Schröder wird zum Kohle-Kumpel](#), Spiegel-online vom 09.02.2006, abgerufen am 13.09.2017
35. ↑ [Doris Schröder-Köpf verlässt Karstadt Aufsichtsrat](#), karstadt-nachrichten.de vom 23.04.2012, abgerufen am 15.09.2017

Volkswagen AG

Die **Volkswagen AG (VW)** ist einer der führenden Automobilhersteller weltweit und der größte Automobilproduzent Europas.^[1] Im Jahr 2016 hatte der

Volkswagen AG

Branche	Automobile, Finanz- und Logistikdienstleistungen
Hauptsitz	Wolfsburg
Lobbybüro	Unter den Linden 21, Berlin
Deutschland	
Lobbybüro EU	Rue Archimede 25, 1000

Konzern einen weltweiten Umsatz von 217 Mrd. Euro und beschäftige insgesamt 626.000 Mitarbeiter.^[2] Volkswagen gilt als eines der politisch am besten vernetzten Unternehmen Deutschlands. Der Zugang zu Entscheidungsträgern in Regierung und Parlament wird begünstigt durch die Minderheitsbeteiligung des Landes Niedersachsen an VW.

Volkswagen geriet 2015 durch den [VW-Abgasskandal](#) in die Schlagzeilen, in dessen Zuge herauskam, dass das Unternehmen Abgaswerte verschiedener Fahrzeugmodelle jahrelang bewusst gefälscht hatte.

Volkswagen AG
Brüssel
[Webadresse](#) [volkswagenag.com](#)

Interessante Inhalte? Die [Lobbypedia](#) soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie [LobbyControl](#) jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der [LobbyControl-Gemeinschaft](#). [Danke schön!](#)



Inhaltsverzeichnis

1	Lobbystrategien und Einfluss	11
1.1	Lobbyisten	12
1.2	Seitenwechsler	12
1.3	Mitarbeiter des Auswärtigen Amts als hochrangiger Lobbyist	12
1.4	Lobbytätigkeit der deutschen Autoindustrie in Brüssel	13
1.5	Mitgliedschaften	14
1.6	Parteispenden und Parteisponsoring	14
2	Fallbeispiele und Kritik	15
2.1	Lobbyarbeit der deutschen Automobilindustrie gegen nationale und europäische Klimaregulierung	15
2.2	Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor	15
2.3	VW-Abgasskandal	15
2.4	Fragwürdige Nebeneinkünfte	16
2.5	Verschönerung des PKW-Effizienzlabels	16
2.6	Verwicklung in Militärdiktatur Brasiliens	16
2.7	Porschegate	17
3	Organisationsstruktur und Personal	18
3.1	Aktionärsstruktur der Volkswagen AG	18
3.2	Vorstand der Volkswagen AG	18
3.3	Aufsichtsrat der Volkswagen AG	18
4	Marken	18
5	Weiterführende Informationen	18
6	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	19
7	Einelnachweise	19

Lobbystrategien und Einfluss

Volkswagen setzt bei der Lobbyarbeit besonders auf enge Kontakte zur Politik. Seit dem Jahr 2014 trafen sich beispielsweise Spitzenvertreter aus der Bundesregierung sechs Mal mit dem im September 2015 zurückgetretenen VW-Chef Martin Winterkorn. Das zeigen zwei Antworten der Bundesregierung auf eine Parlamentarische Anfrage der Linksfraktion.^{[3][4]} Auch der VW-Cheflobbyist [Thomas Steg](#) und der Leiter der Berliner Konzernrepräsentanz, [Michael Jansen](#), haben als ehemalige [Seitenwechsler](#) enge Kontakte zur Politik.

Die Vertreter des Landes Niedersachsen im Aufsichtsrat von VW sollen als Repräsentanten des Landes die Allgemeininteressen vertreten und als Organmitglieder von VW die Interessen eines Großunternehmens. Dies kann zu Interessenkonflikten führen, insbesondere bei Fragen des Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutzes. [\[5\]](#)

Über eine intensive Lobbyarbeit ist es der deutschen Autoindustrie gelungen, ihre kurzfristigen Gewinninteressen auf Kosten der Allgemeinheit und der Umwelt zum Maßstab staatlichen Handelns zu machen (Verhinderung von effektiven Maßnahmen zur Reduzierung des Schadstoffausstosses, steuerliche Privilegierung von Diesel). Weiterhin haben Hersteller versucht, über die Manipulation von Abgaswerten und falsche Verbrauchsangaben die gesundheits- und umweltpolitischen Probleme ihres Industriezweigs zu bagatellisieren.

Lobbyisten

- **Thomas Steg** (SPD), Generalbevollmächtigter für Außen- und Regierungsbeziehungen, ehem. Regierungssprecher [\[6\]](#) (von 01/2018 - 06/2018 beurlaubt [\[7\]](#))
- **Michael Jansen** (CDU), Leiter der Hauptstadtrepräsentanz, ehem. Büroleiter von Angela Merkel
- Christof-Sebastian Klitz, Cheflobbyist in Brüssel („Head of Office Group EU Representation“), Vorsitzender des Landesverband Brüssel im [Wirtschaftsrat der CDU](#)

Seitenwechsler

- **Thomas Steg** (SPD): Vom Regierungssprecher zum Medienkoordinator von SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier, dann Politikberater, seit 2012 VW-Cheflobbyist
- **Michael Jansen** (CDU): Vom Büroleiter bei Angela Merkel zum Lobbyisten bei der Deutschen Post DHL Group, seit 2015 Leiter der Hauptstadtrepräsentanz bei VW
- Reinhold Kopp (SPD): Vom saarländischen Wirtschaftsminister zum VW-Lobbyisten (1998-2007), danach Wirtschaftsanwalt

Quelle: [\[8\]](#)

Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes als hochrangiger Lobbyist

Jens Hanefeld, seit 2014 bei VW als Lobbyist tätig (zuletzt „Head of International and European Policy /Diplomatic Advisor to the CEO and Board of Volkswagen AG“), ist zugleich Beamter des Auswärtigen Amtes, dem für diese Tätigkeit Sonderurlaub genehmigt worden ist. [\[9\]](#) Hanefeld war von 2009 bis 2014 Gesandter und Ständiger Vertreter des deutschen Botschafters in Washington. [\[10\]](#) Das Auswärtige Amt begründete den Sonderurlaub mit der Steigerung der Kompetenzen im Außenwirtschaftsbereich, der Außenwirtschaftsförderung sowie zum gegenseitigen Verständnis von Wirtschaft und Auswärtigem Amt. [\[11\]](#) Recherchen von abgeordnetenwatch und dem ARD-Politikmagazin Panorama von 2018 zeigen, wie eng sich das Auswärtige Amt und Volkswagen in der Abgasaffäre unter Mitwirkung von Hanefeld abstimmten. [\[12\]](#)

Laut Auswärtigem Amt unterliegt der aushäusige Einsatz von Beamtinnen und Beamten den Vorschriften des Beamtenrechts und dient dem Kompetenzaufbau und Wissenstransfer zwischen der Bundesverwaltung, der Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft.^[13] Dabei bestünden zwei rechtlich zulässige Varianten: Zum einen die Zuweisung nach § 29 Bundesbeamten gesetz, bei der die Dienstbezüge vollständig weitergezahlt werden und zum anderen die zeitlich begrenzte Beurlaubung aus „wichtigem Grund“ nach § 22 Abs. 1 der Sonderurlaubsverordnung, bei der die Dienstbezüge nicht weitergezahlt werden. Beamte dürften dabei keine hoheitlichen Aufgaben übernehmen. Aktuell sei ein Beamter des Auswärtigen Amtes bei der Volkswagen AG auf Basis einer Beurlaubung tätig.

Lobbytätigkeit der deutschen Autoindustrie in Brüssel

Die Autobauer nehmen über "Expertengruppen" und ihre Verbände direkten Einfluss auf die Gesetzgebung in Kommission und Parlament.^[14] 2007 erhielt die VW-Tochter Porsche gemeinsam mit [Daimler](#) und [BMW](#) für eine gemeinsame Kampagne, deren Ziel die Verwässerung und Verzögerung von verpflichtenden CO2-Reduktionszielen war, den „Worst EU Lobbying“ Award.^[15]

Lobbyausgaben, Lobbyist*innen und Zahl der Treffen mit der EU-Kommission

Unternehmen /Verband	Ausgaben für Lobbytätigkeit in Mio. Euro	Zahl der akkreditierten Lobbyist*innen	Zahl der Lobbyist*innen (Vollzeitäquivalent)	Zahl der Treffen mit der EU-Kommission
Volkswagen AG	3,13	4	19,25	81
Daimler	2,13	5	8,5	44
BMW	1,38	0	4,5	63
Verband der Automobilindustrie (VDA)	1,63	0	13	50
Summe	8,27	9	45,25	238

Quelle: [\[16\]](#)[\[17\]](#)[\[18\]](#)[\[19\]](#) (Stand der Angaben: 09/2021)

Anmerkungen:

(1) *Ausgaben für Lobbytätigkeit: Bei von-bis-Angaben wird der Mittelwert genannt. Die Lobbyausgaben werden pro Jahr angegeben: Volkswagen AG (2019), Daimler (2020), BMW (2020), VDA (2019).*

(2) *Lobbyist*innen: Im EU Transparenz-Register wird die Zahl der akkreditierten Lobbyist*innen und die Zahl der Lobbyist*innen (absolut und umgerechnet auf Vollzeitstellen) veröffentlicht. Die Anzahl der akkreditierten Lobbyist*innen entspricht hierbei denen, die einen Ausweis und somit Zugang zum EU-Parlament haben. Laut Erläuterungen bei [LobbyFacts](#) ist die Zahl der akkreditierten Lobbyist*innen eine exakte Größe, die aus Unterlagen des EU-Parlaments ermittelt wird. In ihr sind jedoch die nicht-akkreditierten Lobbyist*innen nicht enthalten. Die Zahl der Lobbyist*innen wird aufgrund der Angaben der betreffenden Organisationen ermittelt und ist nicht durchgehend genau, weil die Zahl der an der Lobbyarbeit beteiligten Personen oft nach unterschiedlichen Kriterien berechnet wird. Die Zahl der Lobbyist*innen kann deshalb nur näherungsweise angegeben werden.*

Entsprechende Angaben für Deutschland sind nicht zugänglich, weil es kein verpflichtendes [Lobbyregister](#) gibt. In den Koalitionsvertrag von Januar 2018 ist die Einrichtung eines Lobbyregister nicht auf Grund des Widerstands von CDU/CSU nicht eingegangen. Zur Bundestagswahl 2017 hatte [LobbyControl](#) eine Aktion gestartet: [Keine Regierung ohne Lobbyregulierung!](#)

Mitgliedschaften

Volkswagen ist u. a. Mitglied der folgenden Verbände und Denkfabriken:

- [Verband der Automobilindustrie](#) (VDA)
- [European Automobile Manufacturers Association](#) (ACEA)
- [BusinessEurope, Corporate Advisory and Support Group](#)
- [Centre for European Policy Studies](#) (CEPS)
- [European Road Transport Research Advisory Council](#) (ERTRAC)

Quelle: EU-Transparenz-Register^[20] und Webseiten der genannten Organisationen

Parteispenden und Parteisponsoring

Ebenso wie die Autohersteller Daimler und BMW bedenkt VW seit vielen Jahren mehrere Parteien mit finanziellen Zuwendungen. Ähnlich wie BMW hat auch Volkswagen dabei inzwischen von [Parteispenden](#) auf [Parteisponsoring](#) umgestellt. Dies bringt dem Konzern zum einen steuerliche Vorteile, zum zweiten führt es dazu, dass der Konzernname nicht mehr in den Rechenschaftsberichten der Parteien veröffentlicht wird, da Parteisponsoring keiner gesetzlichen Offenlegungspflicht unterliegt.

Von 2002 bis 2008 spendete Volkswagen insgesamt 287.425,21 Euro an Parteien:

	CDU	CSU	SPD	FDP	Grüne	Summe
2002	10.400	0	10.400	10.400	10.313	41.513
2003	10.400	0	10.400	10.400	0	31.200
2004	10.400	0	10.400	10.400	0	31.200
2005	10.400	0	10.400	10.400	0	31.200
2006	10.400	0	10.400	10.400	0	31.200
2007	0	0	0	0	0	0
2008	31.049,0 2	31.049,0 1	31.049,0 2	13.982,5 8	13.982,5 8	121.112,2 1
2009	0	0	0	0	0	0
2010	0	0	0	0	0	0
Summe	83.049,0 2	31.049,0 1	83.049,0 2	65.982,5 8	24.295,5 8	287.425,2 1

In den Jahren 2014-2017 zahlte Volkswagen insgesamt 656.260 Euro Sponsorengeld an Parteien [\[21\]](#)[\[22\]](#)[\[23\]](#) - das sind im Jahresschnitt doppelt so viel wie früher an Spendengeld floss:

CDU /CSU	FDP	SPD	Grüne	Gesamt
288.300	250.960	63.000	54.000	656.260

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyarbeit der deutschen Automobilindustrie gegen nationale und europäische Klimaregulierung

Einem Bericht des Thinktanks *InfluenceMap* zufolge, hat sich die deutsche Automobilindustrie mit Lobbyarbeit und „grünen“ PR-Kampagnen gegen Klimaregulierungen auf deutscher und europäischer Ebene eingesetzt. Den drei größten Autobauern, [BMW](#), [Volkswagen](#) und [Daimler](#) sowie den Industrieverbänden, [Verband der Automobilindustrie](#) (VDA) und [European Automobile Manufacturers Association](#) (ACEA), stehe dabei ein jährliches Lobbybudget von 10 Millionen € zur Verfügung. Die Positionen von Unternehmen und Verbänden unterscheiden sich jedoch grundlegend, wie am Beispiel von VW deutlich wird. Während VW eine zunehmend aufgeschlossene Position im Bereich Klimaschutzregulierung vertrete, würden BMW, der VDA und der ACEA mit Lobbyarbeit versuchen, klimapolitisch wirksame Maßnahmen, wie Emissionsstandards oder einen Ausstieg des Verbrennungsmotors zu schwächen. [\[24\]](#) So hatte sich etwa der BMW-Vorstandsvorsitzende und gleichzeitiger Präsident des ACEA, [Oliver Zipse](#), bei einem Treffen mit der EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean gegen Vorschriften zur Abschaffung des Verbrennungsmotors ausgesprochen. [\[25\]](#) Diese Haltung widerspreche dem Inhalt von PR-Kampagnen, in denen BMW mit „nachhaltiger Mobilität“ wirbt, so die Kritik in dem Bericht. Auch der VDA hatte sich in einem Schreiben an den Vizepräsidenten der EU-Kommission, Frans Timmermans, ausdrücklich gegen ein Verbot von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor positioniert. [\[26\]](#) Insgesamt könnten sich vereinzelt positive Anstrengungen der deutschen Autobauer im Bereich Klimaschutz nicht durchsetzen, wenn sich die Industrieverbände des VDA und des ACEA, welche die Interessen der deutschen Autokonzerne vertreten, diesen entgegenwirken. [\[27\]](#)[\[28\]](#)

Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor

VW war einer der Gründer des Lobbyvereins Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor (EUGT), der fragwürdige Experimente in Auftrag gegeben hat, um die angebliche Unbedenklichkeit von Dieselabgasen zu beweisen. [\[29\]](#)

VW-Abgasskandal

Im Zuge des [VW-Abgasskandals](#) kam heraus, dass VW die Fälschung von Abgaswerten der Öffentlichkeit jahrelang bewusst verschwiegen hatte.

Bereits im Mai 2014 wurde VW von der Non-Profit-Organisation [International Council on Clean Transportation \(ICCT\)](#) über auffällig erhöhte Testwerte informiert. Nachdem VW die zu hohen Abgaswerte bekannt waren, wurden interne Untersuchungen durchgeführt. Im Juli 2015 waren die erhöhten Dieselabgaswerte Bestandteil einer Besprechung. [\[30\]](#) Doch erst Anfang September 2015 gab VW gegenüber der US-Umweltbehörde EPA zu, die Abgaswerte des Dieselmotors EA 189 manipuliert zu haben. Nachdem EPA ihre Manipulationsvorwürfe veröffentlichte, [\[31\]](#) räumte VW die Fälschung der Werte öffentlich ein und der damalige Vorstandsvorsitzende Martin Winterkorn erklärte seinen Rücktritt. Die Staatsanwaltschaft New York und das US-Justizzentrum verklagten VW und die Konzernsöhne Audi und Porsche wegen Einsatzes der Manipulations-Software und Verstößen gegen das Klimaschutzgesetz. [\[32\]](#)

Bundesverkehrsminister **Alexander Dobrindt** forderte erst nach der Bekanntgabe über die Manipulation eine umfassende Aufklärung von VW und die Einrichtung einer Untersuchungskommission. Wie aus einer Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf eine Anfrage **Der Grünen** hervorgeht, war er seit spätestens Juli 2015 über eine entsprechende Software informiert. [\[33\]](#)

Die Abweichung zwischen realen Emissionen auf der Straße und den Messwerten sind schon lange bekannt: Die Präsidentin des Umweltbundesamts Krautzberger: "Das Umweltbundesamt weist schon seit Ende der 1990er Jahre darauf hin, dass auch in Deutschland die realen Schadstoffemissionen höher sind als die Typprüfwerte, die auf dem Rollenprüfstand ermittelt wurden." [\[34\]](#)

Als Reaktion auf den Abgasskandal schlug die EU-Kommission vor, nach ihrer Ansicht realistischere Vorgaben für Abgastests zu schaffen. Damit sich die Autobauer schrittweise an die neuen Vorgaben anpassen können, soll ab September 2017 eine Überschreitung der Grenzwerte um 110 Prozent erlaubt sein. Nach zwei Jahren soll diese auf 50 Prozent gesenkt werden. [\[35\]](#) Umweltschützer kritisierten, dass die Grenze zu hoch angesetzt sei und die Fälschung der Abgaswerte unterstützen würde. Die Grünen-Europaabgeordnete Rebecca Harms warnte davor, den Betrug der Autohersteller nachträglich zu legalisieren. [\[36\]](#) Auch der Umweltausschuss des Parlaments sprach sich für ein Veto gegen die Verordnung aus, doch am 3. Februar 2016 lehnte das Parlament das Veto ab und gab damit den Weg für das zweite RDE-Paket (Real Driving Emissions) frei. [\[37\]](#)

Am 4. April 2017 ist der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses des Europäischen Parlaments für die Emissionsmessung im Automobilsektor verabschiedet worden. [\[38\]](#) Die EU-Abgeordneten kamen zu dem Schluss, dass die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten es versäumt haben, die Luftqualität und öffentliche Gesundheit angemessen zu schützen. Der Ko-Berichterstatter Gerbrandy erklärte, dass die Mitgliedsstaaten mehr auf die Interessen der nationalen Autoindustrie als auf die Interessen der Bürgerinnen und Bürger sowie auf die Luftqualität bedacht gewesen seien.

Fragwürdige Nebeneinkünfte

2015: Stephan Harbarth (CDU, Obmann im Rechts- und Verbraucherschutzausschuss, Bundestag) ist Vorstandsmitglied bei der Kanzlei SZA Schilling, Zutt & Anschütz, die VW in der Affäre um die Abgasmanipulation rechtlich unterstützt. Harbarth bezieht von der Kanzlei jährliche **Nebeneinkünfte** der Stufe 10 (über 250.000€). [\[39\]](#)

Verschönerung des PKW-Effizienzlabels

Der **Verband der Automobilindustrie** schrieb 2012 das PKW-Effizienzlabel auf irreführende Weise zugunsten von VW und weiteren deutschen Autobauern. Einige kraftstoffintensive Fahrzeuge werden durch die Darstellung vergleichsweise gut bewertet. Laut Zeit Online verwendete VW im Internet ein gefälschtes Label. VW ergänzte das Label mit einer weiteren Kategorie, um Fahrzeuge mit hohem CO₂-Ausstoß ins Mittelfeld zu bewegen. VW warf den Vorwurf der Verbrauchstäuschung zurück und verwies auf einen "Fehler im Computersystem". [\[40\]](#)[\[41\]](#)

Verwicklung in Militärdiktatur Brasiliens

Wegen der Verbindungen von der Tochtergesellschaft VW do Brasil zur Militärdiktatur zwischen 1964 und 1985 in Brasilien wurde von der brasilianischen Regierung im Jahr 2012 zur Aufklärung eine unabhängige Kommission eingerichtet. Die Zusammenarbeit von Unternehmen und der Militärdiktatur von 1964-1985

wird laut der Wahrheitskommission durch eine schwarze Liste bewiesen. Diese soll dazu verwendet werden sein, Informationen über gewerkschaftlich und politisch aktive Arbeiter zu dokumentieren. Informationen und Berichte über Angestellte wurden an das Regime weitergegeben und vermeintlich oppositionelle Mitarbeiter wurden entlassen. Ebenso wird vermutet, dass Listen im Umlauf waren um eine Neuanstellung von entlassenen Mitarbeitern anderswo verhindern zu können.

Die gemeinsame Arbeit zwischen Firmen soll schon in der Vorbereitung des Putsches 1964 begonnen haben. So wird im Abschlussbericht der Wahrheitskommission Volkswagen do Brasil vorgeworfen, schwarze Listen an das Regime gereicht zu haben. Zudem wurde Spionage betrieben, finanzielle Unterstützung geleistet und es sind Mitarbeiter auf dem Betriebsgelände in São Bernardo do Campo gefoltert worden, so die Vorwürfe. Hierzu sagte der ehemaliger Mitarbeiter Lucio Bellentani vor der Kommission aus. Laut des Abschlussberichtes waren auch Siemens und Mercedes Benz mit der Militärdiktatur verbunden.

In Reaktion auf die Vorwürfe der brasilianischen Wahrheitskommission beauftragte Volkswagen 2016 den Historiker Christopher Kopper mit der Aufarbeitung. Am 14. Dezember 2017 wurde Gutachten wurde veröffentlicht^[42] und kann auf der [Website](#) von Volkswagen auf [deutscher](#), [englischer](#) und [portugiesischer](#) Sprache abgerufen werden. Die Studie konnte viele der Vorwürfe gegen VW bestätigen. Kopper stellt fest, dass das Management von VW do Brasil sich der Militärregierung gegenüber "uneingeschränkt loyal" verhielt. Von 1969 bis 1979 habe der VW Werkschutz unter Mitwissen des Vorstands mit der politischen Polizei des Regimes zusammengearbeitet. Bis 1980 seien Mitarbeiter wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten entlassen worden. Der Austausch schwarzer Listen sei dokumentarisch nachweisbar. Außerdem bediente sich VW do Brasil ausbeuterischer Arbeitsvermittler und verletzte dadurch mittelbar "elementare soziale Standards, statt die Arbeitskräfte unter akzeptablen Bedingungen selbst einzustellen". ^[43]

Quellen: [\[44\]](#)[\[45\]](#)[\[46\]](#)[\[47\]](#)[\[48\]](#)[\[49\]](#)

Porschegate

Im Rahmen der Ampel-Koalitionsverhandlungen Ende 2021 soll Oliver Blume, Chef der VW-Tochtergesellschaft Porsche, einen besonders privilegierten Zugang zum späteren Bundesfinanzminister Christian Lindner gehabt haben. Blume hatte laut Medienberichten auf einer Betriebsversammlung am 29. Juni vor Mitarbeitern verkündet, dass das Unternehmen „Haupttreiber“ für das Bekenntnis der Bundesregierung im Koalitionsvertrag zu E-Fuels gewesen sei. Es solle „engen Kontakt“ gegeben haben, ferner beschrieb Blume: "Der Christian Lindner hat mich in den letzten Tagen fast stündlich auf dem Laufenden gehalten."^[50] Nachdem insbesondere auf Twitter Protest ausgebrochen war, revidierte Blume: er habe „falsche Worte gewählt“.^[51]

Auch Lindner wehrte sich gegen die Vorwürfe und erklärte, dass es nur ein einziges Telefonat gegeben hätte. LobbyControl zufolge sei es „hochproblematisch“, wenn es bei Koalitionsverhandlungen „Sonderzugänge für große finanzstarke Konzerne“ gäbe.^[52] Auch 2022 setzt sich Lindner, gegen Widerstand in der eigenen Koalition, für die Interessen der E-Fuels Befürworter auf EU-Ebene ein^[53]. Acht SMS und zwei Telefonate zwischen Lindner und Blume gab es seit Lindners Amtsantritt, sagte das Ministerium dem Bundestag.^[54] Trotz Anfragen verschiedener NGOs, auf Basis des Informationsfreiheitsgesetzes, will das Ministerium den Inhalt der SMS nicht veröffentlichen. Dabei beruft es sich auf die mehr als 20 Jahre alte Registraturrichtlinie^[55]. Im Fall Lindner bedeutet das, dass die SMS nur veröffentlicht werden müsse, sofern

sie „für die inhaltliche Bearbeitung eines Verwaltungsvorgangs relevant“ gewesen sei. Netzpolitik.org kritisiert, dass diese Begründung dem Geist des Informationsfreiheitsgesetzes widerspreche.^[56] Zur Vereinfachung der Aufklärung, welche Informationen zwischen Ministern und Dritten tatsächlich ausgetauscht werden, fordert LobbyControl „dass Lobbykontakte von Regierungsmitgliedern offengelegt werden, [damit] die Beteiligung an wichtigen politischen Entscheidungen [...] transparenter und ausgewogener werde.“^[57]

Organisationsstruktur und Personal

Aktionärsstruktur der Volkswagen AG

Über den Mehrheitsgesellschafter Porsche Automobil Holding SE, in der die Familien Porsche und Piech ihre Interessen bündeln, beherrschen diese die Volkswagen AG.^[58] Bezogen auf das Stimmrecht halten die Porsche Automobil Holding SE 52,2 %, das Land Niedersachsen 20,0 %, die Qatar Holding LLC 17,0 % und weitere Aktionäre 10,8 % an der Volkswagen AG (Stand: 31. 12. 2015).^[59]

Vorstand der Volkswagen AG

Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar.

Vorstandsvorsitzender ist seit 2022 Oliver Blume

Aufsichtsrat der Volkswagen AG

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind [hier](#) abrufbar.

Vorsitzender des Aufsichtsrats ist Hans Dieter Pötsch^[60]

Marken

Zum VW-Konzern gehören die folgenden Marken: Volkswagen Pkw, Audi, SEAT, BENTLEY, BUGATTI, Lamborghini, Ducati, Volkswagen Nutzfahrzeuge, SCANIA, SKODA, PORSCHE und MAN.

Weiterführende Informationen

- Chronik des VW-Abgasskandals
- Scharzbuch Autolobby 2 von Greenpeace, 15.04.2016
- Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses des Europäischen Parlaments: Untersuchung der Emissionsmessungen in der Automobilindustrie 4. April 2017
- VW-Affäre: Fragwürdiger Interessenkonflikt im Bundestag
- VW-Skandal: Bundesregierung muss auf Abstand zur Autolobby gehen
- Die Macht der deutschen Autolobby in Brüssel
- Eintrag der Volkswagen AG im EU-Lobbyregister
- Seitenwechsel

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Der Konzern](#), volkswagenag.com, abgerufen am 29.07.2017
2. ↑ [Volkswagen Konzern zurück in der Gewinnzone: Umsatz und Operatives Ergebnis im Jahr 2016 so hoch wie nie zuvor](#) volkswagenag.com vom 24.02.2017, letzter Zugriff am 09.02.2018
3. ↑ [Kleine Anfrage der Linksfraktion](#), Drucksache 18/5571, bundestag.de, abgerufen am 29.09.2015
4. ↑ [Kleine Anfrage der Linksfraktion](#), Drucksache 18/5990, bundestag.de, abgerufen am 29.09.2015
5. ↑ [Volkswagen Auch Schwarz-Gelb soll sich mit VW abgestimmt haben](#), sueddeutsche.de vom 10.08.2017, abgerufen am 10.08.2017
6. ↑ [Pressemitteilung 12.01.2016](#), volkswagenag.com, abgerufen am 29.07.2017
7. ↑ [Cheflobbyist Steg kehrt zu VW zurück](#), spiegel.de vom 06.06.2018, abgerufen am 07.06.2018
8. ↑ [Schwarzbuch Autolobby](#), 2016, greenpeace.de, abgerufen am 28.07.2017
9. ↑ [Berufserfahrung](#), linkedin.com, abgerufen am 18.08.2022
10. ↑ [VW warb Lobbyist beim Außenministerium ab](#), abgeordnetenwatch.de vom 31.05.2018, abgerufen am 18.08.2022
11. ↑ [Leitender VW-Lobbyist ist beurlaubter Beamter des Auswärtigen Amtes](#) focus.de vom 31.05.2018, abgerufen am 18.08.2022
12. ↑ [abgeordnetenwatch bei twitter](#), twitter.com vom 26.02.2022, abgerufen am 18.08.2022
13. ↑ [Antwort des Auswärtigen Amtes auf eine Anfrage von LobbyPedia](#) vom August 2022
14. ↑ [Die Macht der deutschen Autolobby in Brüssel](#), lobbycontrol.de vom 21.09.2015, abgerufen am 15.10.2015
15. ↑ [Die Gewinner der Worst Eu Lobbying Awards sind...](#), lobbycontrol.de vom 04.12.2007, abgerufen am 27.07.2017
16. ↑ [Volkswagen Aktiengesellschaft](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
17. ↑ [Daimler Aktiengesellschaft](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
18. ↑ [Bayerische Motorenwerke Aktiengesellschaft](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
19. ↑ [Verband der Automobilindustrie](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
20. ↑ [Transparenz-Register](#), europa.eu/transparencyregister, abgerufen am 29.07.2017
21. ↑ [VW-Parteisponsoring 2014 und 2015](#), abgerufen am 7.6.2018
22. ↑ [VW-Parteisponsoring 2016](#), abgerufen am 7.6.2018
23. ↑ [VW-Parteisponsoring 2017](#), abgerufen am 7.6.2018
24. ↑ [German Automakers and Climate Policy. German automakers dominate the fight to weaken climate regulation. An InfluenceMap Report](#), November 2021. S. 13f.
25. ↑ [ebd.](#), S. 4
26. ↑ [ebd.](#), S. 13
27. ↑ [Deutsche Autobauer dominieren den Kampf gegen nationale und europäische Klimaregulierung](#) influencemap.org, abgerufen am 18.11.2021
28. ↑ [Thinktank: Deutsche Autobauer bremsen Verkehrswende aus](#) n-tv.de, vom 11.11.2021, abgerufen am 18.11.2021

29. ↑ [Bundesregierung muß Autolobby endlich besser kontrollieren](#), lobbycontrol.de vom 29.01.2018, abgerufen am 04.02.2018
30. ↑ [Volkswagen Pressemitteilung](#) vom 02.03.2016, abgerufen am 04.03.2016
31. ↑ [Notice of Violation](#), US-Umweltbehörde EPA am 18.09.2015, abgerufen am 04.03.2016
32. ↑ [US-Klage gegen Volkswagen, Audi und Porsche](#), US Justizministerium am 04.01.2016, abgerufen am 04.03.2016
33. ↑ [Die Bundesregierung kannte die Betrüger-Technik](#), Die Welt vom 22.09.2015, abgerufen am 01.10.2015
34. ↑ [UBA-Präsidentin Krautzberger zu den Abgasmanipulationen bei VW](#), Umweltbundesamt am 26.09.2015, abgerufen am 01.10.2015
35. ↑ [Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#) vom 28.10.2015, abgerufen am 04.03.2016
36. ↑ [Pressemitteilung der Europagruppe Grüne](#) vom 03.02.2016, abgerufen am 04.03.2016
37. ↑ [Pressemitteilung des Rats der Europäischen Union](#) vom 12.02.2016, abgerufen am 04.03.2016
38. ↑ [Abgasskandal: Mehr Kontrolle auf europäischer Ebene](#), europarl.europa, abgerufen am 18.08.2022
39. ↑ [Mandat vs. Mandant](#), Süddeutsche Zeitung vom 19.19.2015, abgerufen am 20.10.2015
40. ↑ [VW-Skandal: Bundesregierung muss auf Abstand zur Autolobby gehen](#), lobbycontrol.de vom 25.09.2015, abgerufen am 15.10.2015
41. ↑ [Volkswagen wegen falschem Energie-Label abgemahnt](#), zeit.de vom 07.12.2011, abgerufen am 15.10.2015
42. ↑ [Volkswagen arbeitet seine Vergangenheit in Brasilien auf](#) volkswagenag.com vom 14.12.2017, letzter Zugriff am 09.02.2017
43. ↑ [VW do Brasil in der brasilianischen Militärdiktatur 1964 - 1985](#) Historische Studie von Christopher Kopper
44. ↑ [Volkswagen und die Junta](#) Tagesschau.de von Julio Segador vom 19.03.2015, Zugriff 24.03.2017
45. ↑ [Documents suggest foreign automakers aided Brazil's dictators](#) Reuters.com vom 5.8.2014, Zugriff 24.03.2017
46. ↑ [\[1\]](#) blogs.taz.de vom 14.12.2014, Zugriff 24.03.2017
47. ↑ [Volkswagen gibt Gutachten zur Aufarbeitung der Rolle des Konzerns während der brasilianischen Militärdiktatur in Auftrag](#) Pressemitteilung Volkswagen vom 3.11.2016, Zugriff 24.03.2017
48. ↑ [Volkswagen gibt Gutachten zur Aufarbeitung der Rolle des Konzerns während der brasilianischen Militärdiktatur in Auftrag](#) Nachrichten Volkswagen AG vom 3.11.2016, Zugriff 24.03.2017
49. ↑ [Aus dem Werk ins Folterzentrum](#) taz.de vom 3.3.2015, Zugriff 24.3.2017
50. ↑ [Auto Fokus](#) zeit.de, 27.06.2022, abgerufen am 16.09.2022
51. ↑ [Nach Vorwurf der Klüngelei mit Lindner: Jetzt rudert auch Porsche-Chef Oliver Blume zurück](#) stern.de, 24.07.2022, abgerufen am 16.09.2022
52. ↑ [Porsche-Chef entschuldigt sich: "Falsche Worte gewählt", aber kein Einfluss auf FDP](#) swr.de, 24.7.2022, abgerufen am 16.09.2022
53. ↑ [Lindner will Verbrenner-Aus in EU nicht zustimmen](#) welt.de 21.06.2022, abgerufen am 19.09.2022
54. ↑ [Schriftliche Fragen 01.10.2022](#) bundestag.de, abgerufen am 19.09.2022
55. ↑ [Registraturrichtlinie für das Bearbeiten und Verwalten von Schriftgut in Bundesministerien](#) bmi.bund.de vom 01.06.2001, abgerufen am 19.09.2022
56. ↑ [Christian Lindners Porscheproblem](#) netzpolitik.org vom 31.08.202. abgerufen am 19.09.2022
57. ↑ [Lobby Control Pressekommentar](#) lobbycontrol.de 25.07.2022, abgerufen am 16.09.2022
58. ↑ [Wer hinter Volkswagen wirklich steckt](#), faz.net vom 22.06.2016, abgerufen am 22.06.2016
59. ↑ [Aktionärsstruktur](#), volkswagenag.com, abgerufen am 22.06.2016
60. ↑ [VW-Aufsichtsratschef: Pötsch wird Piech-Nachfolger](#), Spiegel online vom 03. 09. 2015, abgerufen am 24. 03. 2016

SPD

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen zu Lobbyismus	21
1.1 Bundestagswahl 2025	21
1.2 Bundestagswahl 2021	21
1.3 Bundestagswahl 2017	22
1.4 Bundestagswahl 2013	23
1.5 Bundestagswahl 2009	23
2 Finanzierung	24
2.1 Rechenschaftsberichte	24
2.2 Top-Spender	25
2.3 Gesamteinnahmen	25
2.4 Sponsoring	27
3 Beteiligungen an Unternehmen	27
3.1 Angaben aus dem Rechenschaftsbericht	27
3.2 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH	27
3.3 ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH	28
4 "Rent-a-Sozi" Skandal	28
5 Seitenwechsler:innen	29
6 Weiterführende Informationen	29
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	29
8 Einelnachweise	29

Positionen zu Lobbyismus

Bundestagswahl 2025

Während die SPD in ihrem Programm für die Bundestagswahl 2021 noch eine klare Position zu mehr Transparenz und Lobbyregulierung vertrat, enthält das Programm der SPD für die Bundestagswahl 2025 keine Forderungen in diesem Bereich mehr. ^[1]

Unter der Ampel-Regierung (SPD, Grüne, FDP) kam es 2023 jedoch zu umfassenden Reformen der Lobbyregeln. Diese betreffen die Verschärfung des Lobbyregisters, die Transparenz der Gesetzgebung („exekutiver Fußabdruck“), die Verschärfung der Regeln für Seitenwechsler:innen, sowie eine Reform des Parteiengesetzes u.a. zur Wahlkampffinanzierung (siehe [Lobbyreport 2024](#)). Organisationen wie LobbyControl und Abgeordnetenwatch sehen aber weiterhin [Handlungsbedarf](#).

In einem Beschluss des SPD-Parteivorstands vom 15.03.2021 hatte sich die Partei außerdem für eine jährliche Höchstgrenze für Parteispenden ausgesprochen (100.000€ pro Spender:in). ^[2]

Bundestagswahl 2021

Im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 ist die Forderung nach einem "legislativen und exekutiven Fußabdruck"^[3] zu finden, um den "Einfluss von Lobbyist*innen bei Gesetzesentwürfen sichtbar"^[4] zu machen. Diesen forderte die SPD schon seit langem (s.u., Bundestagswahl 2013), und kritisierte die Union

zuletzt wegen ihrer Blockadehaltung gegenüber weitergehender Transparenz im Rahmen der Diskussion um des Lobbyregistergesetz.^[5] Auch will die SPD laut Parteiprogramm erreichen, dass Abgeordnete ihre Einkünfte auf Euro und Cent angeben müssen (eine Forderung, die nach Veröffentlichung des Parteiprogramms noch in der laufenden Legislatur durch die Neufassung des Abgeordnetengesetzes umgesetzt wurde; siehe dazu: [Nebentätigkeiten von Bundestagsabgeordneten in Deutschland](#)). Auch soll die Anzeigepflicht für Unternehmensbeteiligungen und Aktienoptionen verschärft werden und es soll klar geregelt werden, wann ein Interessenkonflikt besteht und wie dieser zu lösen ist.^[6]

In einem Beschluss des SPD-Parteivorstands vom 15.03.2021 sprach sich die Partei außerdem für eine jährliche Höchstgrenze für Parteispenden aus (100.000€ pro Spender:in).^[2]

Für die umfassendere Wirkung des Lobbyregisters, dass nun nämlich nicht nur die Interessenvertretung gegenüber dem Bundestag, sondern auch gegenüber der Bundesregierung registrierungspflichtig ist, hatte im Sommer 2020 [Olaf Scholz](#) gesorgt. Während einer Befragung im Bundestag zum Cum-Ex-Skandal sagte der damalige Vize-Kanzler und Finanzminister, er persönlich glaube, dass die Regeln für Lobbyist:innen gegenüber dem Bundestag wie der Bundesregierung gleichermaßen gelten müssten.^[7]

Politiker:innen der SPD kritisierten die Union und ihre fehlende Bereitschaft zur Verabschiedung von mehr und umfassenderen Transparenzregeln immer wieder während der Legislatur, die 2021 endete.^[8]

Bundestagswahl 2017

Die SPD ist beim Thema Lobbykontrolle deutlich offener als die Union. Allerdings hat sie sich besonders in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode allzu verhalten gezeigt, die Blockadehaltung der Union nur zaghaft kritisiert und – wie beim Lobbyregister – im Bundestag gegen ihre eigene Programmatik gestimmt. Positiv hervorzuheben ist, dass die SPD in den Koalitionsverhandlungen 2013 zwei Punkte gegen die Union durchsetzte:

- eine gesetzliche Abkühlphase, auch Karenzzeit genannt, für die Kanzlerin, Minister:innen sowie Parlamentarische Staatssekretär:innen vor einem Wechsel zu Unternehmen oder Verbänden sowie
- einen verschärften Straftatbestand für Abgeordnetenbestechung.

Zwar wollte auch die SPD eine Karenzzeit zunächst nur durch eine freiwillige Selbstverpflichtung regeln. Angesichts mehrerer spektakulärer Fälle von Seitenwechseln (z.B. Ronald Pofalla zur Deutschen Bahn AG, Dirk Niebel zu Rheinmetall) veränderte sich diese Haltung aber. Am Ende kam ein Gesetz heraus, das weiter ging als SPD und Union es zunächst angestrebt hatten.

Trotz schwächen der Fassung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung setzte Deutschland hiermit als letzter EU-Mitgliedsstaat die UN-Konvention gegen Korruption endlich um – mehr als zehn Jahre nach ihrer Unterzeichnung durch Rot-Grün.

In Folge des „Rent-a-Sozi“-Skandals im Herbst 2016, kündigte die SPD an, eine gesetzliche Offenlegung des Sponsorings noch vor der Bundestagswahl durchzusetzen. Ihren wenig weitreichenden Gesetzentwurf dazu brachte sie dann jedoch nicht im Parlament ein.

Zudem erarbeitete die SPD im Schatten der „Rent-a-Sozi“-Affäre einen deutlich umfassenderen Gesetzesentwurf zu einem verpflichtenden Lobbyregister. Die Forderung hiernach fand Einzug in das SPD-Wahlprogramm. Dort versprach die SPD zudem eine legislative Fußspur (von ihr „exeutive Fußspur“ genannt) und eine Offenlegung von Abgeordneten-Nebeneinkünften auf Euro und Cent. Im Bereich der Parteienfinanzierung wollte die SPD Parteispenden auf 100.000 Euro pro Spender:innen und Jahr begrenzen und Sponsoring in den Rechenschaftsberichten offenlegen. Diesen Vorstoß brachte sie nicht ins Parlament ein.

Bundestagswahl 2013

Im Kapitel zum Thema Demokratie geht das [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) auf alle unsere Themen ein (S. 96). Danach schlägt die SPD vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- einen Verhaltenskodex, nach dem neue Tätigkeiten von ausscheidenden Regierungsmitgliedern durch eine Ethikkommission genehmigt werden müssen.
- Parteienfinanzierung: Deckelung von Großspenden auf 100.000 Euro, Parteisponsoring offenlegen
- Nebeneinkünfte: auf Euro und Cent offenlegen.
- Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung erweitern.
- Einführung einer „legislativen Fußspur“: bei Gesetzen soll offen gelegt werden, wie * externe Berater an der Ausarbeitung beteiligt waren.

Über externe Mitarbeiter:innen in Ministerien soll ein jährlicher Bericht Transparenz schaffen (Anm.: Die Berichte sind bisher nicht öffentlich.)

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker:innen, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. ^[9] Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von [LobbyControl](#). ^[10]

- Fazit von [LobbyControl](#) zur Stellungnahme der SPD:

Die SPD unterstützt die meisten Forderungen von [LobbyControl](#) im Grundsatz. Bei einigen Punkten gibt es jedoch Abweichungen: Der Vorschlag für Seitenwechsel von Regierungsmitgliedern ist begrenzter. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD eine Obergrenze und die Offenlegung von Sponsoring. Bei den Parteispenden will sie aber nur kleine Transparenzfortschritte.

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker:innen, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. ^[11]

- Fazit von [LobbyControl](#) zu den Auskünften der SPD:

Die SPD positioniert sich klar für die Einrichtung eines verpflichtenden Lobbyregisters. Bei den anderen Fragen bleibt sie eher vage oder hinter den Forderungen von LobbyControl zurück. [12]

Finanzierung

Die SPD erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 98.230.735,01 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro, davon 23.111.761,04 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird. Ein Überblick über die gesamten Finanzierungsquellen der Parteien findet sich im Artikel [Parteienfinanzierung](#).

Rechenschaftsberichte

Die Parteien müssen nach dem deutschen Parteispendengesetz § 23 ff. Rechenschaft für ihre Finanzen ablegen, indem sie einen Rechenschaftsbericht verfassen, der von der Bundestagsverwaltung geprüft und veröffentlicht wird. Diese Rechenschaftsberichte werden erst im jeweils übernächsten Jahr veröffentlicht. Sie enthalten u.a. alle Spenden ab einer Grenze von 10.000€. Spenden unterhalb dieser Grenze bleiben in Deutschland intransparent.

Rechenschaftsberichte der SPD

nach Jahren sortiert
Rechenschaftsbericht 2012
Rechenschaftsbericht 2013
Rechenschaftsbericht 2014
Rechenschaftsbericht 2015
Rechenschaftsbericht 2016
Rechenschaftsbericht 2017
Rechenschaftsbericht 2018
Rechenschaftsbericht 2019
Rechenschaftsbericht 2020
Rechenschaftsbericht 2021
Rechenschaftsbericht 2022
Rechenschaftsbericht 2023

Top-Spender

Die 10 Topspender der SPD in den Jahren 2020-2024 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände und Bundesverband)	330.005 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, VBM Verband der Bayerischen Metall und Elektroindustrie, Gesamtmetall Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.
Deutsche Vermögensberatung	261.001 €	
Hans-Dieter Lochmann	217.077,6 €	
Verband der Chemischen Industrie (VCI)	174.500 €	
Ralf Pollmeier	182.303,92 €	Spenden von Ralf Pollmeier, Pollmeier Massivholz GmbH & Co. KG und Pollmeier Schnittholz GmbH & Co. KG
Dr. Theiss Naturwaren GmbH	251.500 €	
Christian Pegel	112.298,52 €	
Trockland Projects Holding GmbH	95.800 €	
Munich RE	120.000 €	Spenden von Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, ERGO Versicherungsgruppe AG sowie ERGO Group AG
Allianz	120.000 €	

Weitere Spender der SPD sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen der SPD** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2024		2023		2022		2021		2020		2019	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	-	-	53,1 7	30,9 5	54,5 3	34,0 9	54,5 2	31,8 8	53,3 3	33,1 4	53,0 8	31,3 7
Mandatsträgerbeiträge	-	-	27,1 1	15,7 8	26,7 9	16,7 5	25,5 6	14,9 9	25,4 8	15,8 4	26,2 8	15,5 3
Spenden von natürlichen Personen	-	-	7,7 0	4,4 8	7,4 3	4,6 4	14,0 0	8,1 7	9,7 2	6,0 4	11,1 1	6,5 7
Spenden von juristischen Personen	-	-	1,5 7	0,9 2	1,8 1	1,1 3	3,4 9	2,0 3	1,9 5	1,2 1	2,2 2	1,3 1
Aus Unternehmensaktivität			0,0	0,0	0,0	0,0	4,4	2,5	0,0	0,1	0,6	0,3

und Beteiligungen	-	-	0	0	0	0	1	7	3	9	5	8
Aus sonstigem Vermögen	-	-	16,2	9,4	7,8	4,9	7,2	4,2	8,8	5,5	9,1	5,4
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	-	-	6	6	9	3	1	1	8	2	9	3
Staatliche Mittel	-	-	9,6	5,5	7,6	4,8	5,6	3,2	5,5	3,3	10,4	6,1
Sonstige	-	-	0	9	9	1	2	8	1	4	5	8
Summe	-	-	51,3	29,8	47,7	29,8	56,1	37,7	54,3	33,8	55,7	32,9
			1	6	5	6	1	2	8	1	1	3
			0,5	0,3	1,0	0,6	0,5	0,3	1,3	0,8	0,5	0,
			9	4	5	6	4	2	2	2	2	3
			172,83 Mio	159,94 Mio	171,46 Mio	160,84 Mio	169,21 Mio					
			€	€	€	€	€					

Art der Einnahmen	2018		2017		2016		2015		2014		2013	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	53,7	31,1	51,7	31,1	49,2	31,4	49,5	30,6	49,9	30,8	49,5	30,2
	7	9	1	2	6	2	8	2	8	9	6	1
Mandatsträgerbeiträge	26,2	15,2	26,2	15,7	25,6	16,3	25,4	16,2	24,4	15,1	23,6	14,3
	9	5	9	9	1	4	2	1	6	1	2	5
Spenden von natürlichen Personen	7,	4,5	11,3	6,8	8,9	5,7	8,0	5,1	12,5	7,7	12,0	7,3
	9	7	8	5	9	4	2	2	8	7	5	3
Spenden von juristischen Personen	1,5	0,8	3,1	1,9	2,	1,3	2,	1,7	1,	1,2	2,	1,6
	2	8	7	1	1	4	9	7	9	9	5	0
Aus Unternehmensaktivität und Beteiligungen	7,4	4,	5,	3,1	2,1	1,3	2,1	1,3	2,1	1,3	3,	1,9
	0	3	3	9	8	9	8	9	3	2	2	3
Aus sonstigem Vermögen	7,3	4,2	6,8	4,1	6,5	4,	6,8	4,3	7,7	4,7	9,0	5,5
	9	9	5	2	8	2	0	4	1	6	9	2
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	9,9	5,8	11,6	7,0	10,8	6,9	12,3	7,8	12,7	7,9	15,2	9,2
	9	0	9	3	3	1	5	7	9	1	5	7
Staatliche Mittel	56,7	32,9	49,2	29,6	50,7	32,3	50,0	31,9	48,6	30,0	47,	29,1
	7	3	1	2	9	9	8	3	5	6	9	1
Sonstige	1,3	0,7	0,6	0,3	0,4	0,2	0,5	0,3	0,9	0,6	0,9	0,5
	6	9	1	7	2	7	8	7	9	1	6	8
Summe	172,39 Mio	166,14 Mio	156,79 Mio	156,84 Mio	161,83 Mio		164,6 Mio	€				

Quellen: [\[13\]](#)

Anmerkung: Die Angaben sind aufgerundet, Beispiel: Die Mitgliedsbeiträge der SPD aus dem Jahr 2020 beliefen sich auf 53,296 Mio € und wurden auf 53,3 Mio € aufgerundet.

Sponsoring

Die Einnahmen des Parteivorstands aus Sponsoring und Vermietung von Standflächern veröffentlicht die SPD [hier](#).

Beteiligungen an Unternehmen

Angaben aus dem Rechenschaftsbericht

Laut [Rechenschaftsbericht 2022](#) hält die SPD 100 %-Beteiligungen an den folgenden Unternehmen:

- Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, Berlin
- Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei GmbH, Nürnberg
- GHB Besitz- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Hagen
- GSK Grundstücksverwaltung und Kommunikationsservice GmbH, Düsseldorf
- Konzentration GmbH, Berlin
- MüPo-Verlag GmbH, Berlin
- Offenbacher Abendblatt Grundstücksbesitzgesellschaft mbH, Offenbach
- Presse und Bildung im Bezirk Hessen-Süd der SPD Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt
- Solidarität Verwaltungs- und Treuhandgesellschaft mbH, Berlin
- Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin Stresemannstr./Wilhelmstr. mbH, Berlin
- Verwaltungsgesellschaft für Treuhandgrundstück Odeonstr. 15/16 mbH, Hannover
- Volkshaus Karl Hölleskamp & Co. GmbH, Herne

Zu den unmittelbaren Beteiligungen gehören:

- ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH (100 %), Berlin
- DDV Mediengruppe GmbH & Co. KG (40 %), Dresden
- Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG (23,08 %), Hannover
- Druck- und Verlagsanstalt „Neue Presse GmbH“ (30 %), Coburg
- Frankenpost Verlag GmbH (35 %), Hof/Saale
- Presse Druck GmbH (100 %), Berlin

Zu den mittelbaren Beteiligungen gehört die Neue Westfälische Beteiligungs GmbH & Co. KG (100 %).

Das Haus- und Grundvermögen wurde zum Stichtag 31.12.2018 mit ca. 92 Mio. Euro bewertet, die Beteiligung an Unternehmen mit ca. 344 Mio. Euro.

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

Die 1971 gegründete [Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH](#) (ddvg) ist eine Holdinggesellschaft, in der die Unternehmensbeteiligungen der SPD gebündelt sind. Der klassische Schwerpunkt liegt im Bereich der regionalen Tageszeitungen sowie der Druckereien. Investiert wurde weiterhin in Zeitschriften, das

Tourismusgeschäft und Handelsgeschäfte. Die Beteiligungen sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören die 100 %-Beteiligung an der Zeitungsverlag Neue Westfälische GmbH & Co. KG (Neue Westfälische), die 23,1%-Beteiligung an der Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG (u.a. Hannoversche Allgemeine) und die 100%-Beteiligung FFR Ferien-, Freizeit und ReiseService GmbH. Der Jahresüberschuss der Holding betrug 2022 ca. 3,5 Mio. Euro, das Eigenkapital lag 2022 bei 60,8 Mio. Euro. [\[14\]](#) Die vereinnahmten Gewinne werden im Rechenschaftsbericht der SPD nach den Vorschriften des Parteiengesetzes ausgewiesen. [\[15\]](#)

Weiterführende Informationen: [Geschäftsbericht 2022 der ddvg](#), [Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags: Beteiligung von Bundestagsparteien an Medienunternehmen - Kalenderjahr 2019](#), [Deutschlandfunk: Das Unternehmensimperium der SPD](#), 02.02.2001

ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH

Die ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH ist ein SPD-eigene Kommunikationsagentur. Bis 2017 trug das Unternehmen den Namen Network Media GmbH und war für den ["Rent-a-Sozi" Skandal](#) verantwortlich, bei dem es gegen Bezahlung Treffen mit SPD-Regierungsmitgliedern anbot. In der Folge benannte sich die Agentur um. [\[16\]](#)

Heute betätigt sie sich in den Bereichen Design, Event, Kampagne, Podcast, Text, Vermarktung/Sponsoring und Video und arbeitet neben der SPD u.a. für Gewerkschaften, Stiftungen und Institute. Die Agentur gehört zur Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft GmbH, dem Unternehmensbereich der SPD. Dadurch ist die ASK indirekt ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der SPD. [\[16\]](#)

Das ZDF-Magazin Frontal21 fand heraus, dass Unternehmen und Lobbygruppen über die NWMD gegen Zahlung von 3000 bis 7000 Euro Treffen mit SPD-Ministern, Staatssekretären und Partefunktionären buchen können. Näheres zum Skandal ist [hier](#) einsehbar.

"Rent-a-Sozi" Skandal

Nach Recherchen des ZDF-Magazins Frontal 21 bot die SPD-Tochterfirma Network Media GmbH (NWMD) bis 2016 Treffen mit SPD-Minister:innen, Staatssekretär:innen und Partefunktionär:innen gegen Geldzahlungen an. [\[2\]](#) Unternehmen und Lobbygruppen konnten gegen Zahlung von 3000 bis 7000 Euro an den sogenannten „vorwärts-Gesprächen“ teilnehmen. Laut Frontal21 nahmen die damalige SPD-Generalsekretärin Katharina Barley, der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann, der SPD-Bundestagsabgeordnete Hubertus Heil und sogar die damaligen Regierungsmitglieder Heiko Maas (Bundesjustizminister), Andrea Nahles (Bundesarbeitsministerin) und Matthias Machnig (Staatssekretär im Wirtschaftsministerium) an "vorwärts-Gesprächen" teil. [\[2\]](#)

Die SPD-Agentur NWMD bestätigte dem ZDF, dass gesponserte Gespräche mit SPD-Spitzenpolitikern stattgefunden haben. Die genaue Anzahl nannte die Agentur nicht. Das ZDF zitiert ein Schreiben der Agentur, dass es in den vergangenen fünf Jahren im Schnitt „weniger als 10 Gespräche dieser Art pro Jahr“ gegeben hätte. Die Agentur erklärte weiter: „Weder der vorwärts noch NWMD "verkaufen" Gesprächstermine mit Entscheidern gegen Geld. NWMD versucht, Partner zu finden, die jene Kosten tragen, die mit einer solchen Veranstaltung verbunden sind.“ In einer ersten eigenen Stellungnahme behauptete NWMD, dass der Vorabbericht von Frontal 21 wesentliche Fakten ausblende. [\[2\]](#)

Frontal21 berichtete von einem „vorwärts-Gespräch“ mit Justizminister Heiko Maas im Oktober 2016. Sponsor dieses Treffens zum Thema „Datenschutz in der digitalen Welt“ sei die niederländische Bank Ing-Diba gewesen. Maas habe erklärt, er habe von dem Sponsoring nichts gewusst. Ing-Diba nannte als Zweck des Treffens ein Kennenlernen. [2]

Die bei der NVMD Verantwortlichen mussten ihre Positionen aufgeben, politische Konsequenzen blieben aus. [17][18]

Seitenwechsler:innen

Eine Auflistung von Politiker:innen der SPD, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler:innen fallen

Weiterführende Informationen

- Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einelnachweise

1. ↑ Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2025 spd.de, 11.01.2025, abgerufen am 18.02.2025.
2. ↑ 2,02,12,22,32,42,5 Beschluss des SPD-Parteivorstands am 15.03.2021, spd.de, abgerufen am 07.03.2025 Referenzfehler: Ungültiges <ref>-Tag. Der Name „:0“ wurde mehrere Male mit einem unterschiedlichen Inhalt definiert.
3. ↑ SPD Wahlprogramm 2021, spd.de, abgerufen am 23.12.2021.
4. ↑ SPD Wahlprogramm 2021, spd.de, abgerufen am 23.12.2021.
5. ↑ Exekutiver Fußabdruck fehlt: Transparency sieht Mängel in Lobbyregister, ntv.de vom 25.03.2021, abgerufen am 23.12.2021.
6. ↑ SPD Wahlprogramm 2021, spd.de, abgerufen am 23.12.2021.
7. ↑ Plenarprotokoll 19/172 vom 09.09.2020 Bundestag, abgerufen am 13.12.2021.
8. ↑ vgl. etwa SPD zu Wirecard: Lobby stößt bei Union auf "offene Ohren", AFP vom 22.06.2021, abgerufen am 23.12.2021.
9. ↑ Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?, Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
10. ↑ Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?, Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
11. ↑ Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?, Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010

12. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
13. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 28.07.2022
14. ↑ [Geschäftsbericht 2022](#), ddvg.de, abgerufen am 20.11.2024
15. ↑ [Unternehmens-Verfassung](#), ddvg.de, abgerufen am 18.05.2022
16. ↑ [16.016,1 Handelsregister](#), handelsregister.de, abgerufen am 02.12.25
17. ↑ [SPD beendet "Rent a Sozi"](#), spiegel.de vom 23.11.2016, abgerufen am 18.09.2024
18. ↑ [Politiker mieten: Geht immer noch](#), Website von LobbyControl vom 04.07.2017, abgerufen am 18.09.2024